



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Frau
Dr. Kerstin Fischer
An der Lohbek 6c

22529 Hamburg

Sigmar Gabriel

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

POSTANSCHRIFT
11055 Berlin

TEL +49 - (0) 3018 - 305 - 2000
FAX +49 - (0) 3018 - 305 - 2046

malleingang@bmu.bund.de
www.bmu.de

Berlin, 05. 02. 08
Seite 1 von 4

Sehr geehrte Frau Dr. Fischer,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. Dezember 2007, in dem Sie sich anerkennend zu meiner internationalen Klimaschutzpolitik äußern. Sie kritisieren jedoch meine nationale Klimaschutzpolitik in Bezug auf die im norddeutschen Raum geplanten neuen Steinkohlekraftwerke. Sie befürchten weitere Schadstoffemissionen nicht nur für Deutschland, sondern auch für Dänemark, was dem Ansehen der Bundesregierung schaden könnte. Sie bitten mich daher, mich dafür einzusetzen, den geplanten Bau zu verhindern.

Ich bin der Ansicht, dass wir auch in Zukunft auf Energieerzeugung aus Kohlekraftwerken angewiesen sind. Dabei werden wir jedoch auf eine effiziente Nutzung und den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung achten.

Als Minister einer Bundesbehörde gehört es zu meinen und den Aufgaben meines Ministeriums, die Rahmenbedingungen für die zukünftige Energiepolitik zu setzen. Mit den bestehenden Gesetzen und Verordnungen sowie den am 5. Dezember 2007 vom Bundeskabinett verabschiedeten Novellen (Klimaschutz-Paket) ist dieser Rahmen gegeben; insgesamt stellt der Bund damit die Weichen für eine klimaverträgliche Kohlepolitik.

Die Entscheidung über konkrete Investitionen in den Bau neuer Kraftwerke verbleibt jedoch bei den Unternehmen. Für die dann zu erteilende Anlagengenehmigung wiederum ist die örtliche Genehmigungsbehörde zuständig. Diese besitzt auch die notwendige Fachkenntnis, um zu entscheiden, inwieweit das beantragte Projekt den gesetzlichen Anforderungen entspricht.



Seite 2 von 4

Aus meiner Sicht gilt: Neue Kohlekraftwerke sollten auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) arbeiten, und sie sollten so ausgelegt sein, dass eine mögliche künftige Abscheidung von Kohlenstoff technisch umsetzbar ist.

Andernfalls sind sie nicht mit den Klimazielen der Bundesregierung zu vereinbaren. Unternehmen müssen zugleich beachten, dass angesichts der zu erwartenden Verschärfungen beim EU-Emissionshandel (ggf. Versteigerung der CO₂-Zertifikate für neue Kraftwerke ab 2013) Kohlekraftwerke, die nicht diesen Anforderungen entsprechen, mit einem hohen ökonomischen Risiko behaftet sind.

Derzeit werden im gesamten Bundesgebiet Planungen für den Neubau verschiedener Kraftwerke diskutiert. Bis zum Jahr 2012 ist davon auszugehen, dass neun Kohlekraftwerke – sechs Steinkohle- und drei Braunkohlekraftwerke – sowie neun Erdgaskraftwerke errichtet werden (insgesamt ca. 20 GW, davon ca. 13 GW Kohle). Nur diese Kraftwerke wurden für die Neuanlagenreserve für den Allokationsplan 2008-2012 angemeldet. Dies dient der Modernisierung des gesamten Kraftwerkparcs. Gegenüber der bisherigen Produktion in alten Anlagen mit wesentlich schlechteren Wirkungsgraden können dadurch bis zu 42 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Daneben existieren Planungen für etliche weitere Kohlekraftwerke, die möglicherweise ab 2013 ans Netz kommen sollen. Wie viele davon realisiert werden, ist derzeit höchst unklar. Folgende Faktoren bestimmen die Entscheidung:

- zukünftige Kohle- und Gaspreise
- die Entwicklung der Strompreise
- zukünftige CO₂-Preise und der Allokationsmechanismus für Neuanlagen ab 2013,
- der Zubau bei erneuerbaren Energien und bei der Kraft-Wärme-Kopplung,
- die zukünftige Stromnachfrage (d. h. Stromeffizienzfortschritte)
- der Preis für den Kraftwerksbau
- die Wettbewerbssituation und Zugangsregeln auf dem Strommarkt.



Seite 3 von 4

Klar ist: Der Bau neuer Kraftwerke muss mit dem Klimaschutzziel der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % unter das Niveau von 1990 zu senken, vereinbar sein. Vor diesem Hintergrund existiert über die bereits im Bau befindlichen Kohlekraftwerke hinaus kein Spielraum für zusätzliche Kohlekraftwerke, die nicht als Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen realisiert werden oder mit einer CO₂-Abscheidetechnik ausgestattet sind.

Die Bundesregierung setzt die Rahmenbedingungen so, dass bei der Erneuerung des Kraftwerkparks die politischen Zielsetzungen die Investitionsentscheidungen leiten. In diesem Zusammenhang sind vor allem drei Vorgaben relevant:

- *Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung:* Durch die gleichzeitige Produktion von Strom und Wärme erreichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen einen sehr hohen Wirkungsgrad von bis zu 90 %. Sie nutzen somit den eingesetzten Brennstoff (Kohle oder Gas) besonders effizient, weil sie z. B. gleichzeitig Häuser beheizen und mit Strom beliefern. Deswegen wird die Bundesregierung mit dem neuen Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz den Neubau von KWK-Anlagen und den Ausbau von Nahwärmenetzen mit 750 Mio. EUR pro Jahr fördern.
- *Emissionshandel:* Ab 2013 wird der Emissionshandel auf EU-Ebene nochmals deutlich verschärft. Im nationalen Allokationsplan 2008-2012 hat die Bundesregierung die Emissionsrechte bereits um 57 Mio. t CO₂ gegenüber der Zuteilung in der ersten Handelsperiode reduziert, knapp 10 % der Emissionsrechte werden versteigert. Dies schlägt sich vor allem im Energiesektor nieder: Die Anlagen erhalten durchschnittlich ca. 30 % weniger kostenlose Emissionsrechte als sie benötigen, wobei die größten Kürzungen bei den ineffizientesten Anlagen erfolgen. Gleichzeitig werden neue Kraftwerke sich darauf einstellen müssen, dass sie ab 2013 nach der Revision der EU-Emissionshandelsrichtlinie zu 100 % ihre CO₂-Emissionsrechte am Markt (national oder international) zukaufen müssen.
- *CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS):* Die EU-Kommission erarbeitet derzeit einen Rechtsrahmen für CO₂-arme Kohlekraftwerke (Carbon Capture and Storage, CCS). Die Bundesregierung unterstützt diese Technologie, bei der das CO₂ aus Kraftwerken abgeschieden wird und in sichere Untergrundlagerstätten verpresst wird. Ziel ist es, dass neue Kohlekraftwerke ab 2020 CCS zum Standard haben. Dies bedeutet für



Seite 4 von 4

Kraftwerksbetreiber, dass Kraftwerksneubauten bereits heute „CCS-ready“ geplant und realisiert werden sollten.

Diese Rahmenbedingungen ergeben zusammen, dass zusätzliche Kohlekraftwerke nur dann wirtschaftlich sind, wenn sie Kraft-Wärme-Kopplung verwirklichen und die Nutzung der Wärme gesichert ist. Zudem sorgen die politischen Aktivitäten zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien (EEG-Novelle) sowie zur Steigerung der Stromeffizienz (u. a. Top-Runner-Programm für Produkte, Energiemanagementsysteme für Unternehmen, etc.) dafür, dass der Bedarf für neue fossile Kraftwerke – trotz Atomausstieg und Stilllegung alter Kohlekraftwerke – deutlich niedriger ausfällt als noch von der Energiewirtschaft vor einigen Jahren erwartet (im Erneuerbare-Energien-Szenario von Prognos/EWI für den Energiegipfel werden von 2010 bis 2020 neue fossile Kraftwerke in Höhe von 12 GW gebaut).

Sollten die genannten wirtschaftlichen Anreize über den Emissionshandel und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz hier nicht ausreichen, werde ich zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen ergänzend prüfen.

In der Hoffnung auf Ihr Verständnis für meine Position verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Sigum Febrich